

Die Moral von der Geschichte: Von genutzten und verpassten Chancen einer historischen Wirtschafts- und Klimakrise

Meine Damen und Herren,

ich beobachte seit 25 Jahren professionell die Politik und wenn ich einen Satz nicht mehr hören kann, dann ist es dieser: Jede Krise ist auch eine Chance.

Natürlich ist dieser Satz richtig – politisch und persönlich. Allerdings habe ich noch bei jeder Krise erlebt, dass sich zwei Entwicklungen überschneiden: Zum einen treten durch Krisen langjährige Probleme ans Tageslicht – und dies macht die Menschen nachdenklich.

Gleichzeitig wächst gerade in Krisen die Angst vor grundlegenden Veränderungen – auch in der Politik. Viele Politiker versuchen dann den Eindruck zu erwecken, sie hätten die Probleme im Griff. Nur keine Panik auf der Titanic.

Dieser Widerspruch zwischen Angst und Angst vor Veränderungen verhindert oft, dass die Krise wirklich zu einer Chance wird.

Diese Gefahr des Verdrängens droht auch diesmal. Denn die Probleme, die durch die Klima- und die Finanz- und Wirtschaftskrise zu Tage treten, sind wirklich grundlegend:

1. Die Finanzkrise zeigt zwei Grundprobleme des internationalen Finanzsystems. Seit Jahrzehnten fließen jährlich Milliarden überschüssige Dollar aus verschiedenen Quellen auf die Finanzmärkte. Offenbar gibt es in den westlichen Industriestaaten nicht mehr genügend rentable reale Investitionen. Seit der Liberalisierung der Finanzmärkte wurde dieses Kapital über undurchsichtige Finanzinstrumente zum reinen Spekulationsobjekt. Durch ständige Geldschöpfung entstanden Kartenhäuser aus Anlagen ohne Deckung, die zusammenbrechen, wenn sich einige Karten als Luschen erweisen. Wie in der Finanzkrise. Wenn sich an den Mechanismen nichts ändert, wird nach der Krise bald wieder vor der Krise sein.

2. Die globale Wirtschaftskrise zeigt die Probleme eines radikal verstandenen Wirtschaftsliberalismus. Er zielt darauf, den Markt von staatlichen und anderen, zum Beispiel gewerkschaftlichen, Beschränkungen zu befreien. Und vor allem jene zu stärken, die auf den Märkten etwas anbieten und produzieren, also die Unternehmen. Wir Journalisten nennen das Pferde-Spatz-Philosophie: Man müsse die fettesten Pferde füttern, damit auch für die Spaten mehr Pferdeäpfel abfallen. Diese Wirtschaftspolitik stärkt die Märkte und die Konkurrenz. Sie hat aber zwei große Nachteile: Sie

reduziert die Eingriffs- und Kontrollmöglichkeiten des Staates, weil sie auf die Selbstheilungskräfte des Marktes vertraut. Und die zunehmende Konkurrenz spaltet die Gesellschaften in Gewinner und Verlierer, in mehr Reiche einerseits und mehr Unterprivilegierte andererseits. Das zeigt sich nun in der Finanz- und Wirtschaftskrise. Jahrelang flossen die wachsenden Gewinne und Vermögen auf die Finanzmärkte, weil sich die Herstellung neuer Waren und Dienste nicht mehr lohnt, da die Löhne sinken. Auf den Finanzmärkten wurde auf Kontrollen verzichtet – und die Selbstheilungskräfte versagten. Die Welt wurde krank spekuliert. Die Gesellschaften in Arm und Reich gespalten.

3. Die Klimakrise zeigt die andere Seite der Medaille. Die Bewohner der Industriestaaten – leben auf zu großem ökologischem Fuße. Im wörtlichen Sinne. Das Konzept des ökologischen Fußabdrucks wurde 1994 entwickelt. Es misst jene Fläche auf der Erde, deren Ressourcen ein Mensch beanspruchen kann, ohne die Welt nachhaltig zu schädigen. Österreicher und Deutsche nehmen drei Mal so viel Hektar für sich in Anspruch. Wie alle Bewohner der Industrieländer leben wir auf Kosten der anderen Menschen auf diesem Globus und auf Kosten der Natur. Die Klimaerwärmung ist Ausdruck dessen. Und daraus resultieren wirtschaftliche Herausforderungen. In dem Augenblick, in dem die Wirtschaft sich erholt,

werden die Preise für erneuerbare Rohstoffe steigen und besonders die sozial Schwächeren hart treffen. Dies wird zu großen Umwälzungen in der Wirtschaft führen. Offen ist die Frage, wie diese Umwälzungen ohne die soziale Zerrüttung der Gesellschaft bewältigt werden können.

Die gegenwärtige Klima- und Wirtschaftskrise ist also mehr als eine Delle, die man mit etwas Wachstum wieder bewältigen kann. Es handelt sich um eine grundsätzliche Krise, um eine Krise der fossilen Wachstumswirtschaft, die die westlichen Industriestaaten zur Perfektion entwickelt haben.

Und diese grundlegende Herausforderung ist Politikern durchaus bewusst. Der deutsche Innenminister Wolfgang Schäuble schrieb in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: Dies ist die erste globale Krise, die die freiheitliche und soziale Wirtschaftsordnung bedroht. Wir können nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Wir müssen endlich auf eine nachhaltige Wirtschaftsordnung umsteuern.

Die Erkenntnis ist also da. Allerdings wurde diese Erkenntnis bisher nicht in praktische Politik umgesetzt.

Dabei respektiere ich, dass die Regierungen der westlichen Industrieländer in ihren Reaktionen auf

die Finanz- und Wirtschaftskrise einen Lernerfolg bewiesen haben.

Sie haben schon kurz nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers staatliche Rettungsschirme aufgespannt, um den Zusammenbruch von systemrelevanten Banken zu verhindern. Obwohl Steuerzahler nicht für Verluste von Großbanken haften sollten, waren diese Rettungsschirme richtig. Allein darin zeigt sich eine Kehrtwende des wirtschaftspolitischen Denkens: Die Regierungen bekannten sich zur wichtigen Rolle des Staates.

Dies zeigt sich auch darin, dass sie mit staatlichen Konjunkturprogrammen versuchten, die Folgen der Wirtschaftskrise für die Menschen in Grenzen zu halten. Dies ist ihnen wenigstens teilweise gelungen. Dies ist eine eindeutige Kehrtwende: vom Marktradikalismus zur staatliche Gegensteuerung; von der Exportfixiertheit zur Stärkung des eigenen Marktes.

Und diese Aufwertung der Rolle des Staates versuchen sie nun auch zur Regulierung der Finanzmärkte einzusetzen – im Rahmen der G-20.

Es gibt also Lerneffekte in der Krise.
Dies ist die positive Botschaft.

Doch es gibt auch die andere Seite der Medaille. Die Regierungen haben es nicht geschafft, das Zusammenfallen von Umwelt-, Finanz- Wirtschaftskrise zu nutzen, um die Wirtschaftspolitik auf neue Füße zu stellen. Noch immer herrscht der Glaube, es genüge, nach der Krise einfach wieder auf Wachstum umzuschalten. Mehr produzieren, mehr kaufen, mehr Geld – und alles wird gut.

Dieser Glaube beherrscht die Konjunkturprogramme: Besonders die Programme der europäischen Industrieländer haben einen auffällig geringen Anteil an Ökologie und Klimaschutz. Er liegt zwischen einem Prozent in Italien, Deutschland und Österreich etwa 13 Prozent und 21 Prozent in Frankreich. In Südkorea liegt der Anteil bei 80 Prozent, in China immerhin bei 38.

So ist die Moral von der Geschichte, dass die Politik aus der Krise gelernt hat, was sie vor 20 Jahren schon gewusst und zwei Jahrzehnte lang vergessen hatte: Dass der Staat in Wirtschaftskrisen gegensteuern muss.

Aus der neuen Qualität der Krise, dass nämlich ökologische und soziale Herausforderungen zusammenfallen, erfordern, wurde nichts gelernt.

Diese Qualität macht eine andere Wirtschaftspolitik erforderlich. Es geht darum, unsere Wirtschaftsweise in den nächsten Jahren von der einer harten, fossilen Industriegesellschaft in eine flexible, solare Dienstleistungsgesellschaft zu verwandeln. Dazu muss die Wirtschaftspolitik Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zusammen denken und zusammenlenken – die Geldwirtschaft muss dieser Politik dienen.

Fünf Strategien möchte ich Ihnen vorstellen:

1. Nachhaltige Investitionen

Investitionsprogramme gegen die Krise sind richtig. Allerdings nur unter zwei Bedingungen. Erstens: Sie sollten nur zum Teil durch Schulden finanziert werden. Zweitens sollten die Programme nachhaltig sein, also gerecht, ökologisch und dauerhaft, also Jahr für Jahr erneuert werden. Dafür braucht es Mut. Erstens den, bestimmte Steuern auch zu erhöhen oder neu einzuführen: Steuern auf höhere Einkommen, Vermögen und Luxuskonsum. Mit dem Ziel, die Steuereinnahmen zu erhöhen. Um dieses zusätzliche Geld jedes Jahr in die Zukunft dieses Landes zu investieren: vor allem in Innovation, in Forschung und Entwicklung; und nicht in Abwrackprämien, sondern in ökologische Verkehrsangebote und in eine umweltverträgliche Energiewende. Dazu brauchen wir Investitionen in

Bildung, vor allem in Ganztageskindergärten und Ganztageseschulen, vor allem in die Betreuung von Kindern aus prekären Verhältnissen. Auf diese Weise lassen sich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Das Land wird gerechter und umweltverträglicher – und der Umbau schafft viele neue Arbeitsplätze, jedes Jahr. Und dies, ohne dass künftige Generationen dies alleine bezahlen müssen

2. Ökologisch wirtschaften – und doch gerecht

Wollen wir zukunftsfähig werden, dann müssen wir den Umweltverbrauch stark verringern: Steigende Preise für Rohstoffe, für Öl, für Gas, für Benzin sind dabei ökologisch nützlich, sie haben nur einen Nachteil: Sie treffen die sozial Schwächeren besonders hart. Haben wir also nur die Wahl zwischen Umweltzerstörung und Armut? Die Antwort lautet: Nein. Ökologisch wirtschaften kann auch gerecht sein. Stellen Sie sich folgendes vor. Eine mutige Regierung verteuert den Liter Sprit, den Liter Heizöl und der Kubikmeter Erdgas auch. Der Preis einer Kilowattstunde Strom steigt ebenso wie der Preis einer Tonne Kerosin. Dazu wird eine Abgabe auf den Flächenverbrauch erhoben . Nehmen wir an: Das ergibt Einnahmen von rund 20 Milliarden Euro jährlich. Und nehmen wir weiter an: die mutige Regierung gibt die Einnahmen aus den Ökoabgaben an die Bürger zurück: in Form eines jährlichen

Grundeinkommens von 250 Euro für alle Bürger, vom Baby bis zum Greis. Zudem erhalten die Unternehmen dieses Einkommen für jeden Arbeitsplatz.

Da fragen sich viele: Was soll das – erst nehmen, dann geben? Die Antwort lautet: Die größten Gewinner unter Verbrauchern und Unternehmen – sind diejenigen, die mit dem geringsten Energieverbrauch auskommen: Unternehmen und Privathaushalte, die Strom und Sprit sparen, werden am Ende mehr vom Staat herausbekommen, als sie über die Ökosteuer bezahlen. Dies ist der Weg zu einer sozial-ökologischen Revolution. Jetzt versuchen alle, möglichst umweltgerecht zu wirtschaften, weil alle davon profitieren. Ist das überhaupt möglich? Oh, das gibt es schon, in der Schweizer Stadt Basel.

3. Ein neuer Umgang mit Geld

Wir brauchen einen neuen Umgang mit Geld.

Finanzkrisen lassen sich nur verhindern, wenn neue Finanzprodukte einen TÜV durchlaufen müssten; wenn die Geldschöpfung der Banken begrenzt wird, durch Eigenkapital-Vorschriften; wenn die Finanzinvestoren für die von ihnen verursachten Risiken haften und ihre Verluste nicht dem Steuerzahler aufgehalst werden; wenn bestimmte Formen der Spekulation verboten werden. Und wir brauchen eine Entschleunigung des Finanzsystems.

Dies wird nur mit einer mindestens in Europa eingeführten Finanzumsatzsteuer gelingen, die alle Finanzgeschäfte verteuert, vor allem aber bei kurzfristigen immer wieder erneut fällig wird. Die Banken werden künftige Krisen nur verhindern, wenn jedem Kredit ein Gegenwert entspricht. Wie dies anders geht, zeigen alternative Banken. Mit ihren Krediten bauen Eltern Kindergärten und Schulen, schaffen Genossenschaften und Kleinbetriebe Arbeitsplätze, blühen erneuerbare Energiequellen und Biohöfe auf. Jedem Kredit entspricht ein Gegenwert. Von der Finanzkrise waren diese Banken nicht betroffen. Warum verlangt die Politik dies nicht von den öffentlichen Banken?

4. Internationale Solidarität

Global symbolisiert der Klimawandel die größte ökologische Tragödie des Industrialismus. Die Industriestaaten pusten die meisten Treibhausgase in die Luft, sind aber vergleichsweise wenig vom Klimawandel betroffen. Die Schwellenländern holen auf. Die ärmeren Entwicklungsländer stoßen die wenigsten Treibhausgase aus, sind aber stark von den Wirkungen betroffen. Wenn der reiche Norden will, dass sich die Ärmeren an Strategien zur Bewahrung der Schöpfung beteiligen, dann muss er sie dabei unterstützen. Und das ist möglich. Was könnte im Süden der Welt erreicht werden, wenn die

Weltbank, die Shell AG und einheimische Bauern so zusammenarbeiten würden wie in Sri Lanka: Die Shell AG unterstützt den Bau von Solarzellen, die Weltbank vergibt zinslose Kredite an Bauern, die damit ihre Kleinstdörfer mit Strom versorgen. 7000 Bauern haben es getan – 100.000 Menschen haben zum ersten Mal in ihrem Leben Strom. Ecuador will den Yasuni-Nationalpark unter Naturschutz stellen – er ist so groß wie ein Fünftel von Österreich, wenn die reichen Länder für die entgangenen Öleinnahmen bezahlen. Geld für Klimaschutz. Schaffen wir hunderte solche Projekte .- möglichst unter dem Dach des neuen Kyoto-Protokolls. Und der Weg in eine weltweite nachhaltige Entwicklung wird leichter.

Ach, Gott, was für Illusionen, werden Sie sagen. Gut, Sie dürfen gerne die Faust in der Tasche ballen, aber vorher möchte ich noch etwas versuchen, was wir uns in den vergangenen Jahren abgewöhnt haben. Leisten wir uns den Luxus, uns vorzustellen, wie die Welt jetzt aussieht, wenn die vier Schritte von eben Wirklichkeit geworden sind.

1. Jetzt sorgen nachhaltige, gerechte Investitionsprogramme dafür, dass in allen Ländern in die Zukunft investiert wird, in öffentlichen Verkehr, in Sonne, Wind und Wasser, in Energiesparen, in Bildung – und dies

bei einer Umverteilung von hohen Einkommen und Vermögen in die nachhaltige Entwicklung. Und dabei werden die sozial Schwächeren gegen zu hohe Belastungen abgesichert.

2. In unserer Wirtschaft ist es nun nicht mehr sinnvoll, Joghurt 9200 Kilometer durch Europa zu treiben, bevor er in Vorarlberg ausgelöffelt wird. Der Wirtschaft setzt auf regionalere Produktionskreisläufe.
3. Bei steigenden Abgaben auf Ressourcen setzen die Unternehmen nicht mehr auf kurzlebige Massenprodukte mit hohem Energieverbrauch. Das Maß aller Dinge sind langlebige Produkte, die recyclingfähig und reparaturfähig sind.
4. Dadurch verändert sich Produktion und Konsum. Waren werden nicht mehr weggeworfen, sondern repariert. Es entsteht wieder ein Reparaturgewerbe. Die Wegwerfgesellschaft ist passé.
5. Hilfen aus dem reichen Norden ermöglichen eine nachhaltige Entwicklung im Süden. Sonne, Wind, Wasser und Biomasse ermöglichen gerade in ländlichen Regionen eine Entwicklung möglich. Steigende Transportpreise sorgen dafür, dass sich der Süden eigenständig entwickelt. Dort steigt der Lebensstandard, ohne die Welt zu zerstören.
6. Geld bleibt wichtig. Doch die Spekulation der reinen Rendite wegen hat keine Zukunft mehr.

Dafür gibt es jetzt eine einmalige Chance für die Finanzwirtschaft. Während die alte auslaufende Industriegesellschaft immer weniger Investitionsgelegenheiten bietet, eröffnet das solare Zeitalter völlig neue Investitionschancen. Jetzt gilt wieder: Investieren statt Spekulieren.

Jetzt hat die Politik, haben wir alle wirklich, aus der globalen Umwelt- und Wirtschaftskrise das richtige gelernt. Die Zeitenwende ist eingeleitet. Der Übergang von der alten fossilen Industriegesellschaft zur solaren Dienstleistungsgesellschaft ist im Gange.

Dr. Wolfgang Kessler, Publik Forum